L1 – Stübgen & die starken Männer. Ihr seid keine Sicherheit!

Stübgen & die starken Männer. Ihr seid keine Sicherheit!

4 Jahre regieren SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nun zusammen in Brandenburg. Vier Jahre die geprägt waren von der Corona-Pandemie, Waldbränden und Umweltkatastrophen sowie dem Krieg in der Ukraine und einer rasant steigenden Inflation. Die multiplen Krisen der letzten Jahre wirken sich immer stärker auf die Lebensverhältnisse der Menschen aus. Doch statt jetzt in Bildung, Infrastruktur oder das Sozialsystem zu investieren und den Menschen unter die Arme zu greifen, wird an allen Ecken und Enden gespart. Dabei ist doch klar: Wachsende soziale Ungleichheit schadet der Demokratie und ist Nährboden für Populismus und rechtsextremes Gedankengut.

Wie real der Rechtsruck der Gesellschaft in Brandenburg ist, zeigen die Ereignisse der letzten Wochen und Monate nur allzu deutlich. Besonders im Fokus sind dabei die Kinder und Jugendlichen bzw. die Schulen im Land. Hitlergruß auf dem Sportplatz, Mobbing gegen linke und migrantisierte Mitschüler*innen. Lehrkräfte die hilflos danebenstehen. Die neue Jugendstudie zeigt: Nur knapp die Hälfte der Jugendlichen in Brandenburg könne sich vorstellen, später wählen zu gehen.

Viele Jugendliche werden das Gefühl nicht los, ihre Ängste und Sorgen werden nicht gehört. Wut und Verzweiflung machen sich breit. Gerade in Bezug auf die Klimakrise und das Erstarken rechtsextremer Kräfte ist dies nur allzu verständlich. Doch statt diese Ängste endlich ernst zu nehmen, wird mit überdimensionierten Razzien, Gewalt und unverhältnismäßigen Haftstrafen auf brutale Art und Weise gegen Aktivist*innen der "Letzte Generation" und weiteren Aktivist*innen vorgegangen. Statt per Haftbefehl gesuchte Neonazis, bewaffnete Reichsbürger und Verschwörungsideolog*innen ins Visier zu nehmen und damit unsere Demokratie zu schützen, richtet sich die Polizeiarbeit gegen die Klimabewegung und linke Aktivist*innen. Nicht zuletzt kam es in Leipzig zu

offener Polizeigewalt gegenüber friedlichen Demonstrierenden. Zudem werden immer wieder Polizeichats mit rechtsextremem Gedankengut aufgedeckt.

Wir alle haben ein immer größeres Bedürfnis nach Sicherheit in Zeiten multipler Krisen. Wir stellen uns als GRÜNE JUGEND Brandenburg entschlossen gegen einen Sicherheitsbegriff, der nur mehr für Polizei und Waffen steht.

Let‘s fight Rechtsextremismus in Brandenburg – really?

Wenn es nach Brandenburgs Landesregierung geht, dann haben wir in Brandenburg bald einen der weitreichendsten Verfassungstreuechecks in ganz Deutschland.

Für uns ist klar: Natürlich muss der Bedrohung von Rechts und der Unterwanderung des Öffentlichen Dienstes durch Nazis entschieden entgegengewirkt werden. Der Verfassungstreuecheck wäre dafür aber der völlig falsche Weg!

Denn: der Check würde vor der Verbeamtung ansetzen. Die aktuelle Polizeiforschung zeigt aber, dass sich Beamte meist erst während ihrer Arbeit im öffentlichen Dienst radikalisieren. All diese Menschen würde der Verfassungstreuecheck nicht entdecken - und damit wäre er weitestgehend wirkungslos. Außerdem gibt es keine Kriterien, nach denen Bewerber*innen als “extremistisch” klassifiziert werden sollen. Potentielle Beamt*innen wären damit der völligen Willkür der Arbeitgeber*innen ausgesetzt. Mehr noch: je nach demokratischen Mehrheitsverhältnissen könnte der Verfassungstreuecheck im schlimmsten Fall auch dafür genutzt werden, Menschen mit abweichender politischer Einstellung, den Zugang zu einer Beamten-Karriere völlig zu verwehren. Damit ist der Verfassungstreuecheck nicht nur ein völlig willkürliches und ineffektives Mittel, in den Händen der falschen Personen wäre er außerdem ein gefährliches Machtinstrument. Schon in den 1970er Jahren wurde mit dem "Radikalenerlass" ein Instrument geschaffen, wo z. B. Mitglieder der heutigen VVN-BdA in der Bundesrepublik Deutschland aus dem öffentlichen Dienst entlassen worden sind.

Wir fordern: Mit dem Kampf gegen Rechts muss endlich ernst gemacht und Scheindebatten gestoppt werden! Dafür braucht es:

- anonyme und sichere Melde- und Beschwerdestrukturen für Beamt*innen
- regelmäßige Antidiskriminierungstrainings und Fortbildungen
- ausführliche Studien zu Rechtsextremismus in der Polizei und in anderen machtvollen Institutionen des öffentlichen Sektors
- eine konsequente Anwendung des Dienst- und Arbeitsrechts bei demokratiefeindlichen Verdachtsfällen im Öffentlichen Dienst

Intransparent, intransparenter – V-Leute System!

Als Privatpersonen, welche gegen eine finanzielle Gegenleistung vertraulich mit

dem Bundesamt für Verfassungsschutz oder der Polizei zusammenarbeiten, agieren sogenannte V-Leute nicht als Beschäftigte des Verfassungsschutzes, sondern werden nach intransparenten und strittigen Auflagen rekrutiert. Nicht selten gehören V-Leute dem kriminellen Milieu an und unterstützen die Strafverfolgungsbehörde aus persönlichem Interesse heraus.

Die GRÜNE JUGEND Brandenburg spricht sich entschieden gegen das V-Leute-System aus. Die Unklarheit, ob verfassungsfeindliche Strukturen nicht sogar vom Einsatz von V-Leuten profitieren, zeigt klar auf, dass die Methode risikobehaftet und in keinster Weise vertretbar ist. Die Wirksamkeit und die Treue von V-Leuten war insbesondere nach dem Bekanntwerden der Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) im Jahr 2011 strittig, wobei die Missstände der damaligen Ermittlungen bis heute nicht aufgearbeitet wurden.

Verfassungsfeindliche Strukturen sollten niemals direkt oder indirekt von staatlichen Behörden finanziell oder strukturell gefördert werden. Das V-Leute-System bricht mit genau diesem Grundsatz, weswegen der Brandenburger Verfassungsschutz unverzüglich und dauerhaft von einem Einsatz von V-Leuten absehen sollte.

Defund the police

Als GRÜNE JUGEND Brandenburg vertreten wir den Defund-Ansatz im Umgang mit der Polizei. Unser Ziel ist, die Kompetenzen und Zuständigkeitsbereiche der Polizei einzuschränken und die Mittel in andere Bereiche umzuverteilen.

Als GRÜNE JUGEND Brandenburg fordern wir dementsprechend, die Zuständigkeitsbereiche der Polizei grundsätzlich auf ihre Sinnhaftigkeit zu überprüfen und nach alternativen Lösungen zu suchen, die der Gesellschaft und den akut Betroffenen langfristig helfen, anstatt sie mit einer Strafe kurzfristig ruhigzustellen. Als Institution ist sie den vielen, komplexen Problemen, von Verkehrsunfällen bis zu sozialen Konflikten, nicht gewachsen.

Ein Beispiel dafür wäre es, Mittel im Personalbereich der Polizei zu kürzen und sie in Stellen für die Sozialarbeit zu investieren. Dadurch könnten bei Einsätzen multiprofessionelle Teams gewährleistet werden, um einen guten Umgang mit psychisch kranken Menschen sicherzustellen. Im Status quo kommt es oft zu unnötiger Gewalt gegen Betroffene, welche aus Überforderung der Beamt*innen resultiert. Dadurch würden für die Polizei auch Kapazitäten frei, um schwere Verbrechen angemessen zu verfolgen.

Als Hüterin der aktuellen Verhältnisse, welche zutiefst ungerecht sind, setzt die Polizei tagtäglich die Interessen dieser Ordnung, dem Kapitalismus, durch. Nicht die der Betroffenen. Das ist strukturell bedingt und keine Frage der Einstellung einzelner Beamt*innen. Die Polizei reproduziert die kapitalistische Ordnung, indem sie Menschen abschiebt, Obdachlosen Platzverweise und Bußgelder

aufdrückt und kleine Diebstähle, die aus Armut begangen werden, verfolgt.

Weil ein neues Polizeigesetz die Probleme nicht lösen wird

2019 wurde das brandenburgische Polizeigesetz unter der damaligen Koalition aus Linken und SPD massiv verschärft. Es bildete sich ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis dagegen, und als GRÜNE JUGEND waren wir mit am Start! Damals wie heute positionieren wir uns gegen die Ausweitung der polizeilichen Befugnisse und gegen die Verlagerung des Tätigwerdens vor die eigentliche Straftat. Unter dem neuen Abschnitt 1a “Besondere Befugnisse zur Abwehr von Gefahren des Terrorismus” wurden am 1. April 2019 die Möglichkeiten für Letzteres massiv ausgeweitet.

Der aktuelle Bericht der Landesregierung über die Wirksamkeit der damaligen Novelle zeigt deutlich, dass es diese nicht gebraucht hätte.

Auf Grundlage dessen sprechen wir uns als GRÜNE JUGEND Brandenburg weiterhin gegen die Novelle von 2019 aus und fordern die Einschränkung der damals geschaffenen polizeilichen Befugnisse. Sie greifen in individuelle Grundrechte ein, wozu ihnen jegliche Grundlage fehlt.

Aktuell werden im brandenburgischen Innenministerium jedoch weitere Ausweitungen des brandenburgischen Polizeigesetzes diskutiert.

Als GRÜNE JUGEND Brandenburg stellen wir aus folgenden Gründen das aktuelle Gesetz zum Schutz von Frauen vor häuslicher Gewalt und schließen uns der Analyse des Netzwerks der brandenburgischen Frauenhäuser e. V. nach der Anerkennung von geschlechtsspezifischer Gewalt als gesellschaftlich-strukturelles Problem an, deren Bekämpfung eine staatliche Aufgabe sein muss - allerdings nicht auf die Art und Weise, wie Herr Stübgen sich das vorstellt. Fußfesseln beispielsweise werden keine Straftaten verhindern, da sie keinerlei präventive Funktion vor dem ersten Gewaltakt ausüben können. Sie lenken vielmehr von den Kernthemen der Debatte um effektiven Gewaltschutz ab.

Das Grundgesetz schützt die Unverletzlichkeit der Wohnung. Es ist nicht erwiesen, dass dieser empfindliche Eingriff dem Schutz der Betroffenen dienen würde.

Es ist die Schweigepflicht, die Ärzt*innen zu vertrauenswürdigen Ansprechpartner*innen für Betroffene macht. Sie schafft eine Vertrauensbasis, die es erleichtert, über Erlebtes zu sprechen und soziale Hilfe zu erhalten. Diese auszusetzen würde vielen Betroffenen die Chance verwehren, sich erstmals zu öffnen.

Bei häuslicher Gewalt handelt es sich meist um Taten, die im Affekt begangen werden. Täter überlegen nicht, sie wägen nicht ab, sondern handeln. Eine

Fußfessel kann dementsprechend nicht greifen und keine Straftat verhindern, da es den Moment der überlegten Entscheidung beim Täter nicht gibt.

Wir fordern stattdessen:

- eine bessere, langfristige und ausreichende Finanzierung für Frauenhäuser und mindestens ein Frauenhaus in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt
- den Ausbau von psychosozialen Beratungsstrukturen für Betroffene, Präventionsprogramme und den Ausbau von Programmen zur Täterarbeit
- Stärkung der hauptamtlichen Strukturen im Frauenhausbereich, vor allem durch eine bessere Bezahlung, Aufstockung der hauptamtlichen Strukturen und regelmäßige Supervisions-Angebote
- den Ausbau vertraulicher Programme zur Spurensicherung
- Schulungen für Polizei- und Justizbeamt*innen im Bereich der geschlechtsspezifischen Gewalt
- besondere Beratungen für Betroffene mit psychischen Erkrankungen
- ausreichend Dolmetscher*innen vor Ort, um auch Frauen und genderqueere Menschen mit Migrationshintergrund ansprechen zu können
- Schutzräume und Beratung für Frauen und genderqueere Menschen in Geflüchtetenunterkünften
- Barrierefreiheit in Frauenhäusern und Beratungsstellen
- ausreichende Kitaplätze, um Müttern das Arbeiten zu ermöglichen und sie aus der finanziellen Abhängigkeit von ihrem Partner zu holen
- gleiche Bezahlung, um finanzielle Abhängigkeit zu verhindern
- Aufklärung über die Komplexität des Themas und Hilfsangebote an Schulen

Sicherheit heißt Menschenrechte! Auch für Menschen auf der Flucht.

Sicherheit bedeutet, dass alle Menschen sich auf die Wahrung der Menschenrechte verlassen können. Egal ob Menschen in Brandenburg oder Menschen auf der Flucht. Hierbei ist der Umgang mit Menschen auf der Flucht ein Spiegelbild dafür, wie ernst Politiker*innen und Verantwortungsträger*innen es mit der Wahrung der Menschenrechte meinen.

Illegale Push-Backs zeigen uns immer wieder, dass mehr Geld und Kapazitäten in Abschreckung und Abschottung gesteckt werden, als darin, die Rechte von Menschen zu schützen.

Für uns ist klar: Es darf keine Grenzkontrollen an den innereuropäischen Grenzen Brandenburgs geben! Jede Person muss die Möglichkeit haben, in Brandenburg Asyl zu suchen.

In der Debatte um Grenzkontrollen und das Wohl flüchtender Menschen werden zunehmend rechte Narrative und Weltanschauungen in das Zentrum des eigentlich demokratischen Diskurses aufgenommen. Das ist fatal, da es Feindbilder fördert, rechte Gruppierungen in ihrem menschenfeindlichen Handeln bestärkt und die Demokratie in tiefe Gefahr stürzt.

Immer wieder wird deutlich, dass die Initiativen zu schärferer Grenzsicherung nicht von der Bekämpfung von Schleuserkriminalität oder der Entlastung der Kommunen, sondern einem rassistischen Weltbild getrieben sind. Damit muss endlich Schluss sein!

Ersatzfreiheitsstrafen

Im Mittelpunkt unserer Justiz steht aktuell nicht das Beste für Betroffene, sondern das Sicherste für den Kapitalismus und damit das Kapital, sprich: das Privateigentum in jeglicher Form.

Diese systemische Reproduktion unserer Klassengesellschaft äußert sich besonders in Ersatzfreiheitsstrafen.

2022 lag die durchschnittliche Belegung in den Justizvollzugsanstalten, also Gefängnissen, des Landes Brandenburg bei 891 Gefangenen, wovon 150 Menschen nur inhaftiert waren, weil sie ihre Geldstrafen nicht bezahlen konnten. Ein Gefängnisaufenthalt kann für Betroffene schwerwiegende Folgen auf dem Arbeitsmarkt und im sozialen Leben haben. Oft führen sie sogar zu Traumata und können im Ernstfall auch im Suizid enden. Das Prinzip der Ersatzfreiheitsstrafen schafft die Situation, dass ein Gefängnisaufenthalt zur Geldfrage wird, wobei die finanzielle Situation von Betroffenen oft nur geschätzt und ohne mündliche Verhandlung ausgeurteilt wird.

Grund für den Gefängnisaufenthalt sind meist einfache Delikte, wie geringfügiger Diebstahl oder das Fahren ohne Fahrschein. Arme Menschen aufgrund ihrer finanziellen Not in Gefängnisse zu stecken, ohne grundlegend das System Armut anzugehen, ist Klassenjustiz und hat weder gesamtgesellschaftlichen Nutzen, noch wird das alltägliche Leben dadurch sicherer.

Auch aus finanzieller Sicht sind Ersatzfreiheitsstrafen unklug, eine Übernachtung im Gefängnis kostet das Land im Schnitt 195€ während sich der Schaden größtenteils im niedrigen zweistelligen Bereich befindet.

Als GRÜNE JUGEND Brandenburg fordern wir die Landesregierung dazu auf, sich auf Bundesebene für die Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafen einzusetzen und Konzepte zu entwickeln, wie sich diese Praxis auch auf Landesebene regulieren lässt.

Doch uns ist auch klar: mit einer Abschaffung von Ersatzfreiheitsstrafen sind die Probleme nicht gelöst. Als Hüter der aktuellen Verhältnisse setzt das Justizsystem die Interessen der kapitalistischen Ordnung durch. Menschen mit geringem Einkommen sind unverhältnismäßig stark von sogenannten Strafbefehlen betroffen, bei denen ohne mündliche Verhandlung ein Urteil gefällt wird. Durch fehlende finanzielle Ressourcen sind diese Menschen oft nicht in der Lage, sich einen Rechtsbeistand zu organisieren.

Außerdem bestraft unser Justizsystem insbesondere im Bereich der Geldstrafen Menschen mit geringem Einkommen unverhältnismäßig hart. Für die Festlegung einer Geldstrafe versucht sich das Gericht am Einkommen der Beschuldigten zu orientieren. Das Einkommen von wohlhabenden Menschen wird jedoch systematisch unterschätzt. Dies führt dazu, dass Menschen mit einem hohen Einkommen bei Verurteilung zu einer Geldstrafe verhältnismäßig deutlich weniger Zahlen als Menschen, die von Armut betroffen sind.

Als GRÜNE JUGEND Brandenburg fordern wir deshalb:

- die unkomplizierte Bereitstellung von Pflichtverteidiger*innen für Beschuldigte
- eine Reform in der Drogenpolitik, u.a. die Legalisierung von Cannabis
- die kritische Hinterfragung des Strafmaßes für Straftaten mit geringem Schaden (z.B.: kleine Diebstähle, Schwarzfahren, etc.) mit dem Ziel, durch strafrechtliche Konsequenzen diese Vergehen zu beenden
- die Entkriminalisierung von Armut und ihren Konsequenzen (z.B.: Betteln und Obdachlosigkeit)
- die Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafe
- ein neues System zur Berechnung von Tagessätzen, welches die Lebenshaltungskosten der Beschuldigten mit einbezieht und ein Leben über dem Existenzminimum sicherstellt
- ein Verbot für (Teil-)Privatisierungen im Gefängnisbereich

Fühlen wir uns sicher?

Sicherheit ist mehr als Polizei- und Militärpräsenz! Sicherheit bedeutet, keine Angst vor der Zukunft zu haben. Sicherheit bedeutet Schutz von Minderheiten, soziale Gerechtigkeit, faire Löhne, Bildung und Klimaschutz.

Umso mehr kämpfen wir als GRÜNE JUGEND Brandenburg um eine progressive Innenpolitik und vor allem die Stärkung unserer Demokratie.

Daher fordern wir die Landesregierung dazu auf:

- Schutz- und Beratungsstrukturen für Betroffene von rechter Gewalt auszubauen

- regelmäßige, verpflichtende Fortbildungen für Mitarbeitende der Institutionen des Landes, sowie Beamt*innen zum Thema Rechtsextremismus und Diskriminierung zu organisieren
- Organisationen, die Bildungsarbeit und Unterstützung für Betroffene in diesem Bereich leisten, wie die "Opferperspektive", das "tolerante Brandenburg" oder die "Landeszentrale für politische Bildung" mit ausreichend finanziellen Ressourcen auszustatten
- die Lehrpläne in Schulen stärker darauf auszurichten Schüler*innen in den Bereichen Antidiskriminierung, deutsche Geschichte, Rechtsextremismus und Partizipation zu bilden
- politische Bildung muss fächerübergreifender Bestandteil des Unterrichts und der Schule sein
- feste und geförderte demokratische Teilhabe der Schüler*innen am Schulgeschehen
- Jugendzentren und linke Orte der Beteiligung zu erhalten und zu fördern
- sich auf Bundesebene gegen die Kürzungen im Bereich Demokratiebildung einzusetzen